

Vorlage Nr.: 2026/0187

Eingang: 03.03.2026

Mehr Modalfilter für mehr Verkehrssicherheit und weniger Durchgangsverkehr

Antrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	28.04.2026	22	Ö	Kenntnisnahme
Planungsausschuss	07.05.2026	2	Ö	Behandlung

Im Stadtgebiet Karlsruhe werden neue Modalfilter entsprechend dem Beispiel an der Kreuzung Sophienstraße/Lessingstraße umgesetzt, um in Wohngebieten den Durchgangsverkehr (und seine Emissionen) zu verringern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Dies erfolgt durch die Stadtverwaltung auf Basis vorliegender Erfahrungen und auf der Grundlage des Programmes für Aktive Mobilität. Auch Vorschläge aus der Bürgerschaft sollen berücksichtigt werden.

Begründung/Sachverhalt

Aus der Bevölkerung erhalten wir umfassendes sehr positives Feedback zur Wirkung des Modalfilters an der Kreuzung Lessingstraße/Sophienstraße. Dieses Erfolgsmodell soll auf weitere Orte übertragen werden.

Ähnliche Modalfilter wurden in den letzten Jahrzehnten in verschiedenen Stadtteilen umgesetzt und entfalten bereits an vielen Stellen ihre positive Wirkung für Anwohner*innen und für die aktive Mobilität; wie etwa in der Humboldtstraße, am Bahnhofsvorplatz, im Zirkel oder in der Kreuzstraße. Es handelt sich also um ein etabliertes Werkzeug der Verkehrsplanung.

Beim Verkehrsversuch in der Sophienstraße hat die Verwaltung bereits vor der Umsetzung gut abschätzen können, dass der Modalfilter an der Kreuzung mit der Lessingstraße eine positive Wirkung haben wird und die Sperrung vor dem Lessing-Gymnasium zu keinem eindeutig positiven Ergebnis führen wird. Mit viel Aufwand wurde diese Einschätzung im Zuge des Verkehrsversuchs bestätigt. Daraufhin konnte der Modalfilter vor der Schule mit geringem Aufwand wieder entfernt und der Modalfilter an der Kreuzung zur Lessingstraße mit geringem Aufwand umgesetzt werden.

Um die Verwaltung nicht zu belasten, können deshalb weitere Modalfilter entsprechend der fachlichen Einschätzung des Stadtplanungsamts ohne hohen Befragungs- und Untersuchungsaufwand umgesetzt werden. Die Pflicht zur umfassenden Information und Berücksichtigung der Anliegenden besteht natürlich weiterhin.

Durch die geringen Umbauanforderungen kann bei größeren Problemen ein Rückbau ohne große Kosten vorgenommen werden.

Unterzeichnet von:
Christian Klinkhardt
Dr. Susanne Heynen
Dr. Sonja Klingert
Aljoscha Löffler
Dr. Clemens Cremer
Benjamin Bauer
Jorinda Fahringer